Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 17 / 13 038

Kleine Anfrage

17. Wahlperiode

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Gerwald Claus-Brunner (PIRATEN)

vom 07. Januar 2014 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 09. Januar 2014) und Antwort

Stand des EU-Beschwerdeverfahrens

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

- 1. Am 15. Juni 2011 haben sich die Vorsitzende der Antikorruptionsorganisation Transparency International Deutschland, Prof. Dr. Edda Müller, und der Vorstandsvorsitzende der Verbraucherzentrale Berlin, Prof. Dr. Jürgen Keßler, in einem Beschwerdeschreiben an die EU-Kommission gewandt. In diesem Schreiben wird der Verdacht begründet, dass bei der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe 1999 die Regelungen des europäischen Beihilfenrechts und Vergaberechts nicht eingehalten wurden. Wie ist hier Stand der Dinge
 - a) hinsichtlich einer möglichen Verletzung des europäischen Beihilferechts durch die staatliche Gewinngarantie gem. § 23 Konsortialvertrag und
 - b) hinsichtlich einer Verletzung des europäischen Vergaberechts wegen des eingeschränkten Ausschreibungsverfahrens?

Zu 1.: Zu den angesprochenen Fragen hat die Bundesrepublik Deutschland über das Bundeswirtschaftsministerium eine Stellungnahme gegenüber der Europäischen Kommission abgegeben. Dem Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses wurde mit vertraulichem Bericht des Senats - Fin I A - vom 16. Februar 2012 (rote Nummer 0035 B) ein Sachstand mitgeteilt, der hierzu nach wie vor aktuell ist, d.h. es haben sich in Bezug auf das Verfahren keine Änderungen ergeben. Wegen der Formulierung der unter 1a) gestellten Frage ist darauf hinzuweisen, dass § 23.7 des Konsortialvertrages - der nach der vollständigen Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe seine Bedeutung eingebüßt hat - keine Gewinngarantie darstellt, sondern eine Regelung zum Ausgleich möglicher Nachteile als Folge des Wegfalls von bestimmten Tarifkalkulationsbestandteilen.

Berlin, den 20. Januar 2014

In Vertretung

Dr. Margaretha Sudhof Senatsverwaltung für Finanzen

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 27. Jan. 2014)